



Jahresbericht 2003

Der *Interkulturelle Rat* in Deutschland hat es sich zur Aufgabe gemacht, durch seine Arbeit das friedliche interkulturelle und interreligiöse Zusammenleben der deutschen Bevölkerung ungeachtet der Nationalität, Herkunft oder Religion ihrer Mitglieder zu fördern. Das gleichberechtigte Zusammenleben aller bedarf ständiger Aushandlungsprozesse, zu denen der *Interkulturelle Rat* durch die Initiierung von Runden Tischen, und Gesprächsforen, durch eigene Stellungnahmen zu integrations- und migrationsrelevanten Themen und durch seine Presse- und Öffentlichkeitsarbeit einen Beitrag leisten will. Im Berichtszeitraum lagen die Schwerpunkte unserer Arbeit auf folgenden Themenfeldern:

1. Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung

a) Projekt 21. März – Internationale Woche gegen Rassismus

Anlässlich des Anti-Rassismustages der Vereinten Nationen am 21. März organisierte der *Interkulturelle Rat* wie schon in den Jahren zuvor die *Internationale Woche gegen Rassismus vom 17.-21. März 2003*. Ein Plakat und Informationshandzettel, die auf die Aktionswoche hinwiesen, wurden erarbeitet und an Bildungsinstitutionen und andere Organisationen und Einrichtungen ausgesendet. Zahlreiche Organisationen (u.a. die IB-Bergbau, Chemie, Energie, die IG-Metall, das DGB-Bildungswerk und die Deutsche Sportjugend) unterstützten die *Internationale Woche gegen Rassismus* und organisierten Veranstaltungen und Aktionen. Gemeinsam mit *Gesicht Zeigen! Aktion Weltoffenes Deutschland* vermittelte der *Interkulturelle Rat* Politiker, Zeitzeugen, Musiker, Künstler, Schriftsteller und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an Schulen, die dort das Thema Rassismus mit Schülern/innen erörterten. Bundesweit fanden in etwa 50 Städten über 150 Veranstaltungen in Schulen, Museen und anderen Einrichtungen statt.

Zur Vorbereitung der Aktionswoche 2003 hatten *Interkultureller Rat* und *Forum gegen Rassismus* am 5. März 2003 zu einer Interkulturellen Tagung nach Frankfurt/Main eingeladen. Thema war „Der 21. März in Frankreich und Deutschland“. Die Auswertung der Aktionswoche 2003 und die Planungen für die Aktionswoche im März 2004 standen auf dem Programm einer Tagung, die *Interkultureller Rat* und *Forum gegen Rassismus* am 5. November 2003 in Weimar veranstalteten. Für die Planung und Durchführung der *Internationalen Woche gegen Rassismus 2004* wurde darüber hinaus eine projektbegleitende Arbeitsgruppe eingerichtet, die erstmals im Oktober zusammentraf. Erarbeitet wurden im Berichtszeitraum auch das Plakat, der Informationshandzettel und eine ausführliche Handreichung für die Aktionswoche 2004.

b) Gremienarbeit

Der *Interkulturelle Rat* hat im Berichtszeitraum regelmäßig im Forum gegen Rassismus beim Bundesministerium des Innern und dem zivilgesellschaftlichen Netz gegen Rassismus mitgearbeitet. Im Rahmen beider Gremien wurde die Umsetzung der Anti-Diskriminierungsrichtlinien der Europäischen Union in das nationale deutsche Recht kritisch begleitet. In seiner Gremien- und Lobbyarbeit hat der *Interkulturelle Rat* auf der Grundlage seiner Stellungnahme zur Antidiskriminierungsgesetzgebung vom Oktober 2002 agiert und insbesondere die schleppende und nicht-fristgerechte Umsetzung der Vorgaben der Europäischen Union kritisiert.



2. Aktuelle politische Entwicklungen

Insbesondere im Rahmen Projekts Expertenpool wurden von Mitgliedern des *Interkulturellen Rates* und externen Experten die folgenden politische Entwicklungen und Ereignisse bearbeitet:

a) Irakkrieg

Der *Interkulturelle Rat* hat sich in seiner Stellungnahme im Vorfeld des Irak-Krieges angesichts der drohenden Kampfhandlungen dafür eingesetzt, die Handlungskompetenz hinsichtlich der Entwaffnung des irakischen Regimes bei den Vereinten Nationen zu belassen und den UN-Waffeninspektoren im Irak ausreichend Zeit einzuräumen, um ihre Arbeit zu Ende führen zu können. Gleichzeitig wurde der Irak aufgefordert, den Forderungen des UN-Sicherheitsrates nachzukommen und mit den Waffeninspektoren in vollem Umfang zu kooperieren.

b) Kopftuchurteil

Die politische und gesellschaftliche Debatte, die das „Kopftuch-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts vom 24. September 2003 losgetreten hat, ist von Vorurteilen und Scheinargumenten geprägt. Als Konsequenz beschloss der *Interkulturelle Rat* die Erarbeitung eines Papiers mit dem Titel „Argumente: Thesen zum Streit um das Kopftuch“. Das Papier will einen Beitrag zu der vom Verfassungsgericht angemahnten breiten gesellschaftlichen Diskussion leisten, stellt die unterschiedlichen Interpretationen des Kopftuchs für seine Trägerinnen wie für die deutsche Mehrheitsgesellschaft dar, gibt einen Überblick über die wichtigsten Pro-und-Kontra-Argumente zur Frage kopftuchtragender muslimischer Lehrerinnen und formuliert Thesen, die Anstoß zu kontroversen, aber sachlichen Debatten geben wollen. Das Papier soll in den ersten Wochen des Jahres 2004 veröffentlicht werden. In seiner Presse- und Öffentlichkeitsarbeit hat der *Interkulturelle Rat* wiederholt für einen gelasseneren Umgang mit dem Thema plädiert, auf die Relevanz der Religionen im Prozess der Integration hingewiesen und die grundsätzliche Gleichbehandlung aller Religionsgemeinschaften gefordert.

c) Türkei/ EU-Beitritt

Aus gegebenem Anlass befürchtet der *Interkulturelle Rat*, dass die Frage des Beitritts der Türkei zur Europäischen Union im Rahmen des Europawahlkampfes im Frühjahr 2004 als Mobilisierungsthema für rechte Wählerstimmen instrumentalisiert und durch anti-islamische oder integrationsbehindernde Stimmungsmache flankiert wird. Diese Befürchtung wurde in zahlreichen Arbeitskreisen und Gesprächsforen des *Interkulturellen Rates* erörtert und u.a. durch die Äußerungen des Bundestagsabgeordneten Nitzsche zum Wahlverhalten türkischstämmiger Wahlberechtigter in Deutschland verstärkt. Ausgehend von der im Interkulturellen Rat einstimmig geteilten Überzeugung, dass die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien die unverzichtbare Voraussetzung für den Beitritt der Türkei zur EU sein muss und mit dem Ziel der Versachlichung der Diskussion wurden folgende Maßnahmen beschlossen und auf den Weg gebracht:

- Erarbeitung einer kommentierten Dokumentation zu den Positionen von Parteien und Verbänden zum Beitritt der Türkei zur EU (erscheint im Frühjahr 2004);
- Ausrichtung einer Tagung zum Thema „Türkei und die Europäische Union“, ebenfalls im Frühjahr 2004 und
- Vorbereitung einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne im Falle der Instrumentalisierung der Türkei-EU-Thematik während des Europawahlkampfes 2004.



Der *Interkulturelle Rat* hat darüber hinaus in seiner Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wiederholt vor den integrationsschädigenden Konsequenzen der missbräuchlichen Instrumentalisierung des Themas im Europawahlkampf 2004 gewarnt und die Politik zu einem sachlichen Umgang mit dem kontroversen Thema aufgefordert.

d) Arbeitsmarktreform

Der *Interkulturelle Rat* hat nach ausführlicher Diskussion in entsprechenden Pressemitteilungen und seiner sonstigen Öffentlichkeitsarbeit den Prozess der Umsetzung der Agenda 2010 kritisch begleitet. Dabei lag das Hauptaugenmerk auf nachteiligen Konsequenzen der sogenannten Hartz-Gesetze und des Gesetzes zur Reform am Arbeitsmarkt für Migrantinnen und Migranten. Der Interkulturelle Rat kritisierte an den Gesetzesvorhaben insbesondere, dass der Gesetzesentwurf zu Hartz IV vorsah, ausländischen Staatsangehörigen mit nachrangigem Arbeitsmarktzugang trotz vorhergehender Erwerbstätigkeit keinen Anspruch auf das Arbeitslosengeld II einzuräumen. Da mehrere überregionale Tageszeitung u.a. aufgrund der Pressearbeit des *Interkulturellen Rates* die Thematik kritisch aufgriffen, hat die Regierungskoalition ihre ursprüngliche Absicht kurzfristig fallengelassen und den entsprechenden Passus aus dem im Dezember 2003 endgültig beschlossenen Gesetzesentwurf gestrichen.

e) Terroranschläge in Istanbul

Als Reaktion auf die gewalttätigen Anschläge auf britische und jüdische Einrichtungen in Istanbul, denen auch zahlreiche türkische Staatsangehörige zum Opfer gefallen sind, initiierte der Interkulturelle Rat gemeinsam mit der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) im November 2003 eine Pressekonferenz, in der DITIB und *Interkultureller Rat* gemeinsam erklärten, dass die Gewalttaten mit dem islamischen Menschenbild nicht vereinbar und zu verurteilen sind. Gleichzeitig warnte der Vorsitzende des *Interkulturellen Rates* davor, die Anschläge in der deutschen Innenpolitik zu instrumentalisieren.

f) Staatsangehörigkeitsrecht

Der Arbeitskreis Staatsangehörigkeitsrecht traf sich im Berichtszeitraum einmal und konferierte über seine zukünftigen Aufgaben und Themenschwerpunkte. Dabei stand vor allem die Frage im Mittelpunkt, wie die Themen des Arbeitskreises auch für Kinder und Jugendliche verständlich transportiert werden können.

3. Antisemitismus

Besorgt ist der *Interkulturelle Rat* über das erneute Erstarken antisemitischer Einstellungen in der deutschen Gesellschaft. Das Jahr 2003 war diesbezüglich geprägt von den Nachwirkungen der antisemitischen Ausfälle des inzwischen verstorbenen nordrhein-westfälischen FDP-Landesvorsitzenden Jürgen W. Möllemann im Bundestagswahlkampf 2002, der Affaire um die antisemitische Ansprache des CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann anlässlich des Tages der Deutschen Einheit sowie durch die besorgniserregenden Ergebnisse von Studien europäischer Behörden. Der *Interkulturelle Rat* reagierte durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie im direkten solidarischen Gespräch mit Vertretern jüdischer Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland auf die anti-semitischen Tendenzen in Politik und Gesellschaft. Unter anderem forderte der *Interkulturelle Rat* die Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Dr. Angela Merkel, auf, den Abgeordneten Hohmann aus der Bundestagsfraktion auszuschließen.



4. Dialog mit Muslimen

Nach den Beobachtungen des *Interkulturellen Rates* geht das Anwachsen anti-semitischer Strömungen in Deutschland gleichzeitig einher mit der Zunahme einer die Muslime und den Islam insgesamt ablehnenden Haltung in der Mehrheitsbevölkerung. Der *Interkulturelle Rat* war im Berichtszeitraum durch folgende Maßnahmen und Projekte darum bemüht, weit verbreiteter Unkenntnis und unbegründeten Ängsten und Vorurteilen entgegenzuwirken und den Dialog zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen zu fördern:

a) Islamforum

Das Islamforum ist ein Projekt der Groeben-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem *Interkulturellen Rat* und dem Rat der Türkeistämmigen Staatsbürger. Im Islamforum vertreten sind alle relevanten islamischen Gruppierungen in Deutschland sowie Persönlichkeiten aus dem staatlichen Bereich, der Wissenschaft, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppen. Im vertrauensvollen und kritischen Gespräch werden im Islamforum Probleme des Zusammenlebens zwischen Muslimen und der nicht-muslimischen Mehrheitsgesellschaft erörtert.

Im ersten Halbjahr des Berichtszeitraumes tagte das bundesweite Islamforum insgesamt zweimal zu den Themen „Muslime und der deutsche Staat – Streitpunkte und gegenseitige Erwartungen“ und „Die Islam-Charta des Zentralrats der Muslime in Deutschland“. Die guten Erfahrungen mit der Einrichtung eines Islamforums auf Bundesebene haben alle Beteiligten ermutigt, ähnliche Foren auch auf Länderebene und in größeren Städten einzurichten. Viele alltägliche Probleme und Schwierigkeiten zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen lassen sich vor Ort schneller, effizienter und für alle Seiten befriedigender erörtern und wenn möglich lösen als im Rahmen eines bundesweiten Forums.

Dank der zwischenzeitlichen Förderung des Projekts (August bis Dezember 2003) im Rahmen des entimon-Programms der Bundesregierung konnten auf Landesebene in Nordrhein-Westfalen und Hessen sowie auf kommunaler Ebene in der Stadt Düren in Nordrhein-Westfalen Islamforen initiiert werden. Schwerpunktthema in den Länderforen war die Frage „Muslime und Schulalltag“, ein wesentlicher Gegenstand der Erörterung im dem kommunalen Forum in Düren werden muslimische Bestattungsfragen sein. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aller Islamforen begrüßten die Initiative und sprachen sich für eine Verstetigung der Initiative aus. Gleichzeitig tagte das Islamforum auf Bundesebene im 2. Halbjahr 2003 ein weiteres Mal zu den Themen „Kopftuchstreit“ und „Islam und Medienberichterstattung“.

b) Tagung mit Imamen

Am 16. und 17. Juni 2003 kamen 55 DITIB-Imame in die Katholische Akademie nach Wiesbaden-Naurod, um sich auf einer vom *Interkulturellen Rat* ausgerichteten Tagung mit dem Thema „Interreligiöses Zusammenleben“ auseinander zu setzen. Die Tagung sollte zu einer verbesserten Integration von türkischen Imamen und ihren Gemeinden in die deutsche Gesellschaft beitragen. Sie wurde von allen Beteiligten als ausgesprochen erfolgreich bewertet. Für 2004 sind daher weitere Veranstaltungen geplant.



5. Interkulturelle Kompetenz für Jugendliche

Am 29. April 2003 fand in Frankfurt/Main eine Tagung des *Interkulturellen Rates* zum Thema „Interkulturelle Kompetenz für Jugendliche“ statt, auf der verschiedene Projekte und Grundsatzreferate vorgestellt wurden. Die Tagung richtete sich an Multiplikatoren/innen aus der Jugendarbeit sowie an russland-deutsche, türkische und einheimische Jugendliche. Im August 2003 wurde die im Rahmen des XENOS-Projekts durchgeführte Arbeit zur Interkulturellen Kompetenz für Jugendliche beendet, da das ursprüngliche Projektziel, die russland-deutsche, türkische und deutsche Jugendliche in den gegenseitigen Dialog zu führen, erreicht worden war.

6. Themenfeld „Migranten und Medien“

Der *Interkulturelle Rat* hat in den vergangenen Jahren im Bereich der Berichterstattung für und über Migranten in der Bundesrepublik Deutschland zwei Tendenzen beobachtet, die dazu geführt haben, dass im Berichtsjahr ein Arbeitsprogramm für das Jahr 2004 zum Themenfeld „Migranten und Medien“ erarbeitet wurde.

- Im Rahmen der Informationsgewinnung und des Medienverhaltens von Migranten gewinnen muttersprachliche Printmedien oder elektronische Vollprogramme (zu großen Teilen gesendet aus oder produziert in den Herkunftsländern) zunehmend an Bedeutung. Diese sind dem Gedanken der Förderung der Integration in die aufnehmende Gesellschaft in aller Regel nicht oder nur am Rande verpflichtet.
- Gleichzeitig ist die weitgehende Verdrängung einer (deutschsprachigen wie muttersprachlichen) Berichterstattung für und über Migrantinnen und Migranten aus den bundesdeutschen Medien zu konstatieren. Hieraus folgt, dass die Medien in der Bundesrepublik Deutschland ihrem Integrationsauftrag nicht mehr voll gerecht werden können.

Das Arbeitsprogramm sieht vor, im Dialog mit Medienexperten, Medienpraktikern und Migranten die aktuelle Medienlandschaft zu analysieren und praxisorientierte Empfehlungen zu erarbeiten, um die Berichterstattung für und über Migranten in der Bundesrepublik Deutschland verstärkt in die elektronischen und Printmedien zurückzutragen und dauerhaft zu verankern. Die Umsetzung des Arbeitsprogramms soll im Rahmen des Projekts „Expertenpool“ realisiert werden.

7. Interreligiöser Dialog

a) Interreligiöser Arbeitskreis

Dem Interreligiösen Arbeitskreis gehören Repräsentanten/innen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland, des Zentralrates der Juden in Deutschland, des Zentralrates der Muslime in Deutschland, der Deutschen Buddhistischen Union, des Nationalen Geistigen Rates der Baha'i und andere an. Im Februar 2003 veröffentlichte der Interreligiöse Arbeitskreis eine Erklärung mit dem Titel „Begegnung der Religionen und Kulturen: Eine Aufgabe für die Schule“. Anlässlich des Tages der Deutschen Einheit lud der *Interkulturelle Rat* wie in den Vorjahren zu einer Interreligiösen Feier am 2. Oktober 2003 ein. Die Feier wurde in Zusammenarbeit mit örtlichen Gruppen organisiert, sie fand in der Dortmunder Synagoge statt. Eine gemeinsame Erklärung der Religionen „Für eine Kultur der sozialen Solidarität“ wurde veröffentlicht.



b) Abrahamisches Forum

Im Abrahamischen Forum in Deutschland arbeiten Persönlichkeiten aus dem Zentralrat der Juden in Deutschland, der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland, dem Zentralrat der Muslime in Deutschland, DITIB und anderen zusammen. Das Abrahamische Forum traf sich im Berichtszeitraum zweimal und erörterte interreligiöse Fragestellungen und die Arbeit Abrahamischer Teams.

Vom 24.-26. Januar 2003 fand in Arnoldshain eine Abrahamische Tagung statt, die der *Interkulturelle Rat* zusammen mit der *Evangelischen Akademie Arnoldshain* veranstaltete. Thema war „Thora – Gesetz – Shari’a; ihre theologische und lebenspraktische Bedeutung“. Ein abrahamisches Symposium für Pfarrer, Rabbiner und Imame fand am 3. und 4. Februar 2003 in Bonn statt, diskutiert wurde „Gottes Wort in der Schrift – Thora – Evangelium – Koran“.

Die Veranstaltungen mit Abrahamischen Teams (Dreier-Teams mit je einem/er Vertreter/in des Judentums, Christentums, Islam) in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit erfreuten sich in 2003 großen Zuspruchs. Insgesamt konnten 35 Veranstaltungen mit über 1600 Teilnehmern/innen in Schulen, Universitäten, Kirchengemeinden und an anderen Orten ermöglicht werden. Auf einer Auswertungstagung tauschten sich Mitglieder der Abrahamischen Teams am 27. Oktober 2003 in Frankfurt/Main über die im Rahmen ihres Engagements gemachten Erfahrungen aus. Eine Broschüre des *Interkulturellen Rates* zum Thema „Abrahamische und Interreligiöse Teams“ wurde veröffentlicht. Sie gibt Tipps und Informationen für die praktische Arbeit in und mit Abrahamischen Teams.

Informationsarbeit

In seinen *Infoblättern* informiert der *Interkulturelle Rat* in unregelmäßigen Abständen über die Arbeit in den einzelnen Projekten. Im Jahr 2003 wurden insgesamt drei *IR-Infoblätter* 2003 veröffentlicht und per E-Mail versandt. Auch auf der Homepage des *Interkulturellen Rates* sind unter www.interkultureller-rat.de weitere Informationen über Veranstaltungen, Projekte, Veröffentlichungen und Pressemitteilungen einzusehen.

Projektfinanzierung

Das Xenos-Programm „Leben und Vielfalt“ der Europäischen Kommission und der Bundesregierung ermöglicht dem *Interkulturellen Rat* seit 2002 die Durchführung verschiedener Projekte. Kofinanziert wird das Xenos-Projekt durch das Bundesministerium des Innern, die Groeben-Stiftung, das Hessische Sozialministerium, den Fonds zur Überwindung von Fremdenfeindlichkeit der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, der IG-BCE, der IG-Metall, PRO ASYL und der Stadt Leipzig. Des Weiteren wurde die Projektarbeit des *Interkulturellen Rates* im Berichtszeitraum durch die finanzielle Unterstützung der Groeben-Stiftung, des entimon-Programms der Bundesregierung sowie durch Mittel ermöglicht, die uns die Förderinnen und Förderer des *Interkulturellen Rates* dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt haben.